URTEIL DES GERICHTS ERSTER INSTANZ

BESCHLUSS DES GERICHTS ERSTER INSTANZ

vom 28. Oktober 2004

vom 29. September 2004

in der Rechtssache T-76/03, Herbert Meister gegen Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle) (HABM) ⁽¹⁾

in der Rechtssache T-394/02, Arnaldo Luccacioni gegen Kommission der Europäischen Gemeinschaften ⁽¹⁾

(Beamte — Versetzung des Leiters einer Dienststelle — Dienstliches Interesse — Gleichwertigkeit der Stellen — Meinungsfreiheit — Fürsorgepflicht — Begründung — Anspruch auf rechtliches Gehör — Außervertragliche Haftung)

(Ruhegehalt — Verfahren der Gehaltspfändung — Vollstreckung des Urteils eines nationalen Gerichts)

(2005/C 6/68)

(2005/C 6/69)

*(Verfahrenssprache: Französisch)**(Verfahrenssprache: Französisch)*

In der Rechtssache T-76/03, Herbert Meister, Beamter des Harmonisierungsamts für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle), wohnhaft in Muchamiel (Spanien) (Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt G. Vandersanden), gegen Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle) (HABM) (Bevollmächtigter: O. Waelbroeck) wegen Nichtigerklärung der Entscheidung PERS-AFFECT-02-30 des HABM vom 22. April 2002, mit der der Kläger mit seiner Planstelle im dienstlichen Interesse dem Vizepräsidenten für Rechtsangelegenheiten als Rechtsberater zugewiesen wurde, und wegen Schadensersatzes hat das Gericht (Dritte Kammer) unter Mitwirkung des Präsidenten J. Azizi sowie des Richters M. Jaeger und der Richterin E. Cremona – Kanzler: D. Christensen, Verwaltungsrätin – am 28. Oktober 2004 ein Urteil mit folgendem Tenor erlassen:

In der Rechtssache T-394/02, Arnaldo Luccacioni, ehemaliger Beamter der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, wohnhaft in St.-Leonards-On-Sea (Vereinigtes Königreich), Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte J. R. Iturriagoitia Bassas und K. Delvolvé, gegen Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Bevollmächtigter: J. Currall, Zustellungsanschrift in Luxemburg) wegen Aufhebung der Entscheidung der Kommission, aufgrund des Urteils eines italienischen Gerichts, mit dem der Kläger zur Zahlung des Honorars des Arztes, den er als seinen Vertreter im Invaliditätsausschuss und im medizinischen Ausschuss benannt hatte, verurteilt worden war, eine Pfändung des Ruhegehalts des Klägers vorzunehmen, und wegen Erstattung bestimmter Kosten und Honorare sowie Schadensersatz, hat das Gericht (Zweite Kammer) unter Mitwirkung des Präsidenten J. Pirrung sowie der Richter N. J. Forwood und S. Papasavvas – Kanzler: H. Jung – am 29. September 2004 einen Beschluss mit folgendem Tenor erlassen:

1. Das Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle) (HABM) wird verurteilt, dem Kläger einen Betrag von 5 000 Euro als Schadensersatz für einen Amtsfehler zu zahlen.
2. Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.
3. Das HABM trägt seine eigenen Kosten und ein Fünftel der Kosten des Klägers.
4. Der Kläger trägt vier Fünftel seiner eigenen Kosten.

1. Die Klage wird abgewiesen.
2. Jede Partei trägt ihre eigenen Kosten.

⁽¹⁾ ABl. C 101 vom 26.4.2003.

⁽¹⁾ ABl. C 55 vom 8.3.2003.